



16.08.2020

---

„Wir sind nicht zufrieden mit der Antwort der Stadt Hamm auf unsere Anfrage zum praktizierten Kiebitzschutz in Hamm“, so die Oberbürgermeisterkandidatin der Grünen, Arnela Sacic. „Wir wollen einen funktionierenden Artenschutz in Hamm und keine halbherzigen Handlungen, die das Ziel nicht erreichen können.“

In der Lippeaue zwischen der Münster- und Fährstraße, der Brökermersch, brüteten im Jahr 2005 noch 25 Paare des Kiebitzes; heute ist diese Zahl auf Null gesunken. „Das ist eine ökologische Katastrophe! Dass die Stadt Hamm diesen Artenverlust jetzt heranzieht, um die sogenannten Vergrämungsmaßnahmen, also die Vertreibung von Kiebitzen, die einen Brutplatz suchen, zu rechtfertigen, klingt wie ein Hohn“, so Sacic. „Richtig wäre es gewesen, in den letzten 15 Jahren die Brutbestände des Kiebitzes und anderer bodenbrütender Arten durch geeignete Schutzmaßnahmen zu sichern.“ Das ist leider nicht geschehen. Die Grünen vermissen zudem in der städtischen Antwort den Quellennachweis auf die angeblich vorliegenden Gerichtsurteile zu Vergrämungen; dies sei unseriös. Das Bundesnaturschutzgesetz sage dagegen klar aus, dass die Bereiche brütender Vögel zu schützen sind und geschützte Vögel nicht vertrieben werden dürfen.

Die Grünen befürworten eine ökologische Landbewirtschaftung, die neben dem Nahrungsmittelanbau auch noch Raum lässt für den Artenschutz. Gerade in ökologisch wertvollen Gebieten sollte das praktiziert werden. „Wichtig ist zudem, dass Hundehalter ihre Tiere an der Leine halten und Wege nicht verlassen werden. Solche Störungen können die Bodenbrüter zur Aufgabe ihrer Gelege veranlassen“, so die Grünen.

Dass die Stadt Hamm den Kontakt zur Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Hamm sucht, haben die Grünen bisher nicht gehört. Aber mit Zustimmung haben sie zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Hamm die Internetseiten der OAG beobachtet und dort Daten über beobachtete Vogelarten abschöpft. „Jetzt sollten die Behörden auch die entsprechenden Schlüsse aus den Beobachtungsdaten ziehen, aber nicht erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, sondern im Vorfeld einer Planung“, so Arnela Sacic. Das sollte für alle Planungsvorhaben in Hamm gelten.

Außerdem wünschen sich die Grünen eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutz. „In der Vergangenheit war es üblich, dass die Angaben der Mitglieder im Naturschutzbeirat nicht ernst genommen und in der Regel kaum berücksichtigt wurden. Erst seit der Planung zum Erlebensraum Lippeaue hat die Stadt Hamm den direkten Kontakt zum ehrenamtlichen Naturschutz gesucht.“ Hier schlummere ein Wissenspotential, das kaum genutzt würde, so die Grünen.

Gerade einmal 2000 Euro Fördergelder sind nach der Antwort der Verwaltung direkt für Entschädigungszahlungen für den Kiebitzschutz an Landwirte ausgezahlt worden. Hier sei noch Luft nach oben, hier könne im Zusammenwirken mit den Landwirten noch viel mehr zum Artenschutz erreicht werden, meint Arnela Sacic abschließend.

---